

Dresdner Volkszeitung

Postkontos: Dresden, Gaben & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Gebr. Kohnke, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frachtlohn monatlich 18,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 54,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 31,00 M., Einzelnummer 1,00 M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die 9 gelbdruckte Nonpareilzeile 5,00 M., Familienanzeigen 4,00 M., die 9 gelbdruckte Nonpareilzeile 20,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Preisermäßigung 1 M.

Nr. 97

Dresden, Mittwoch den 26. April 1922

33. Jahrg.

Meistbegünstigung und Wirtschaftsfrieden!

Eigener Bericht

Venedig, 25. April, 6,08 Uhr abends.

Die Kommissionen setzen ihre Beratungen ungeduldet fort. In der Unterkommission für Wirtschaftsfragen verlangte Staatssekretär Sirsch vom Reichswirtschaftsministerium heute, daß unter allen Umständen die Wiederaufbau Europas insbesondere die Aberragende Bedeutung der Lösung des Reparationsproblems erwähnt wird. Der Vorsitzende glaubt, daß diesem Wunsch bei der Zusammenstellung der Gesamtschlüsse durch eine allgemeine Einleitung Rechnung getragen werden kann unter der Voraussetzung, daß im Voraus die Inanspruchnahme der Generalverträge ausdrücklich versprochen wird. Sodann begründete er, als im Auftrag des Reichswirtschaftsministers handelnd, die am Montag eingereichten deutschen Gegenentwürfe. Er bezeichnete als Ursache der gegenwärtigen Verhältnisse das Währungsproblem und die Zersplitterung Europas in eine große Anzahl selbständiger Territorien, die wieder eine Zersplitterung der Produktion zur Folge hätte. Die Landesgrenzen zwischen den Ländern Mittel-, Ost- und Südeuropas seien nach dem Kriege um mehr als 600 Kilometer verlängert worden. Angehörige Völker von Bewohnungsbeamten und Hände von Verbänden gehörten natürlich hierzu. Der gegenwärtige Zustand könne nicht anders bezeichnet werden, als ein System des Jökels. Gerade diejenigen Staaten, die die Zahlung ihrer Verbindlichkeiten mit Entschiedenheit verlangten, verhielten sich mit Einfuhrverboten und unangehörigen Zollstrafen die einzig mögliche Durchführung der Zollabtragung. Daraus folgte dann natürlich die weitere Ausdehnung des Systems der wechselseitigen Meistbegünstigung. Die deutschen Zusatzentschlüsse zum Londoner Memorandum gehen von dieser Tatsache aus, indem sie gegenüber dem jetzigen Zustand wirtschaftlicher Angelegenheiten Europas die wechselseitige Gleichberechtigung wieder herstellen wollen. Dieser Grundgedanke führt zu der Forderung der gegenseitigen Einräumung des Meistbegünstigungsrechts, besonders hinsichtlich der Zollerfahrungen durch alle europäischen Staaten. Das Londoner Memorandum hat den Grundgedanken der Meistbegünstigung in einer Anmerkung selbst anerkannt. Leider steht aber dort vermerkt, daß nicht alle Nationen diesem allein hilfebringenden Prinzip sich haben anschließen können. Das Londoner Memorandum verweist auch mit aller Schärfe das System der Sonderung hinsichtlich der Einfuhr. Die deutsche Delegation hat sich verpflichtet gesehen, die Vermeidung solcher Sonderung auch für die Einfuhrzölle mit aller Entschiedenheit zu fordern. Welche verhängnisvolle Bedeutung die ungleichermaßen Behandlung gerade für Deutschland im gegenwärtigen Moment hat, das ist im folgenden an einigen Beispielen beleuchtet: Es gibt im Augenblick zwei Länder in der Welt, wovon eine deutsche Einfuhr überhaupt unmöglich ist. In diesen Ländern besteht ein absolutes Einfuhrverbot für deutsche Produkte, während umgekehrt Deutschland diesen Ländern die Meistbegünstigung zu gewähren hat. Ein anderes Land hat Spezialzölle von jeder Höhe gegen Deutschland errichtet, daß sie praktisch einem Einfuhrverbot gleichkommen. Ein drittes Land sieht einen Zollzuschlag für deutsche Waren vor, bei dem die deutsche Reichsmark einem Werte von 12 000 amerikanischen Cent, das heißt der Hälfte ihres Friedenswertes, gleichgesetzt wird. Da ihr wirklich Wert heute vielleicht der 50. Teil des Friedenswertes ist, ist diese Berechnung eine Sonderung, die den deutschen Außenhandel völlig blockiert. Ein viertes Land, das bei und gleichfalls die Meistbegünstigung genießt, erhebt auf baumwollene Gewebe für 100 Kilogramm einen Zoll von 15 000 Frank, während die entsprechende Einfuhr aus anderen Ländern mit 900 Frank belastet ist. Bei elek-

trischen Glühbirnen berechnet das Land für 100 Kilogramm auf die deutsche Einfuhr einen Zollzuschlag von über 5000 Frank, das heißt, auf den Verkaufspreis der einzelnen Lampe wird rund 1,25 Frank aufgeschlagen. Jeder Unparteiliche muß zugeben, daß unter solchen Bedingungen sein Land seine normale Produktion wieder herstellen kann. Unter solchen Umständen lassen sich auch die auswärtigen Schulden nicht vermindern. Sie steigen im Gegenteil als Wirkung der immer steigenden Passivität der Handelsbilanz. Die Kaufkraft sinkt notwendig in Ländern, denen auf dem Weltmarkt eine solche Behandlung zuteil wird. Anstatt auf den beabsichtigten Umfang seiner heutigen Werke zu wachsen, wie es zur Abtragung der Zinsen der Weltschuld notwendig ist, schrumpft damit die Kaufkraftfähigkeit des Weltmarktes nur noch weiter ein. Das Londoner Memorandum berücksichtigt in der erwähnten Anmerkung die rein kommerziellen Vorteile der allgemeinen Meistbegünstigung. Deutschland verlangt nach der Wiedereinführung dieses Grundgesetzes, nun endlich die wirtschaftliche Möglichkeit zu finden, seine internationalen Verpflichtungen zu erfüllen und mehrere Jahre nach dem politischen Friedensschluß der Welt endlich den Wirtschaftsfrieden wiederzugeben.

Der russisch-französische Gegenjah

Eigener Bericht

Venedig, 25. April, 6,30 Uhr abends.

Die Unterredung der Ententevertreter mit den Russen über das russische Problem steht im Fortschritt aller Evidenzen. Zwar wird inoffiziell behauptet, daß die Basis zu einer Einigung zu schaffen, aber bisher hat die Situation eine Klärung noch nicht erfahren. Das scheint übrigens ein so schwieriger, als die Entente sich selbst über ihre Stellungnahme nicht einig ist. Die englische und die italienische Delegation suchen auch jetzt zu vermitteln, wogegen die Franzosen auf ihrer Aufassung bestehen. Die Einwirkung Poincarés von Paris aus auf den Gang der Verhandlungen macht sich auch in der zur Erörterung stehenden Frage bemerkbar. Heute sind von Paris neue Anweisungen eingetroffen, die aufgeben, den bisherigen Standpunkt der französischen Regierung in der russischen Frage mit aller Entschiedenheit bei jeder Gelegenheit zu vertreten. Tatsächlich gewinnt man aus dem Eindruck, daß die französische Delegation gar nicht daran denkt, auch von ihrem Teil aus das von ihrem Standpunkt aufzugeben, was notwendig ist, um nur die Möglichkeit einer Verständigung zu schaffen. Die Russen halten demgegenüber gleichfalls, wenigstens vorläufig noch, an ihren Gegenforderungen fest und verlangen neben der Anerkennung ihrer Regierung, wie bereits gemeldet, ein Memorandum und Rückübertragung der im Ausland befindlichen Immobilien als Entgelt für die Erstattung der Kriegsschulden. Man muß der russischen Delegation zustimmen, wenn sie der Forderung auf Anerkennung der Kriegsschulden der alten Regierung das vernünftige Verlangen nach Rückübertragung der Immobilien dieser Regierung gegenüberstellt.

Um 4 Uhr nachmittags traten die Experten der Entente zusammen, um sich über ihre Stellungnahme, insbesondere über die an die Russen zu richtenden Fragen, schlüssig zu werden. Wie man bei der gegenwärtigen Situation zu einer Basis kommen kann, auf der weiter verhandelt wird, scheint im Augenblick sehr unklar. Ein ultimatives Vorhaben, das von Frankreich im Augenblick verlannt wird, lehnen die Engländer und die Italiener zur Zeit noch entschieden ab, wie sich überhaupt die englische Delegation äußern verständig zeigt.

Lloyd George gegen Poincaré

Poincaré hat seine Drohrede in Bar le Duc in einer Interredung dahingehend ergänzt, daß Frankreich eine militärische Aktion gegen Deutschland auch dann unternehmen würde, wenn die Mehrheit des Reparationsausschusses es am 31. Mai ablehnen sollte, eine abschließende Richterkommission Deutschlands festzustellen. Zu dem militärischen Vorhaben würde eine Mobilmachung nicht notwendig sein, da das französische aktive Heer dazu anreicht.

Die Rede Poincarés hat in Genua, wie zu erwarten war, unheimliches Aufsehen erregt. In englischen Kreisen hat es vor allem veranlaßt, daß die Alliierten nicht vorher gefragt worden sind, und daß die Rede ohne vorherige Beratung mit den Alliierten gehalten wurde. Lloyd George sagte in einer in England gerichteten Volkssprache:

Die Rede Poincarés sei eine sehr ernste Erklärung. Sie sei nicht danach anzusehen, die Zusammenarbeit der Alliierten zu befestigen. Großbritannien sei entschlossen, zu verhindern, daß Europa wieder ein Schlachtfeld werde.

Nicht ganz so scharf ist der Ton einer Erklärung, die der Staatssekretär Lloyd Georges, Sir Edward Brigg, im Auftrag seines Premiers englischen und amerikanischen Journalisten gab.

Lloyd George betrachtet die Rede Poincarés als schmerzvoll und der größten Bedrohung wert. Die englische Regierung wolle keineswegs, wie das Lloyd George so oft erklärt habe, den Gedanken einer engen und herzlichen Zusammenarbeit der Alliierten zurück. Es sei aber ein Ziel, daß im gleichen Augenblick, in dem Poincaré die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit betont, gleichzeitig erklärt, daß Frankreich bereit sei, allein zu handeln. Lloyd George vertritt die Ansicht, daß Frankreich, dessen Politik vom Reparationsproblem bedrängt werde, von der Haltung der russischen Delegation in Genua betroffen wird und an der Haltung Lloyd Georges gegen-

über Russland und Deutschland zweifele. Aber Lloyd George lasse sich in seiner Politik gegenüber Deutschland von dem Gedanken des Friedens leiten und handle stets nur korrekt gegenüber den Alliierten. Die Anklage der Zweideutigkeit, die gegen ihn erhoben würde, sei der Nachbarn-Briefe würdig, die er nicht beachte. Ueber seine Politik werde er in klarster und unmissverständlicher Weise im Parlament Rede und Antwort stehen. „Was will in Wahrheit Lloyd George?“ äußerte dessen Staatssekretär. Er will verhindern, daß Russland und Deutschland, vom Hunger gequälten, sich gleich Barbaren an die Westvölker stürzen. Man darf nicht vergessen, daß Russland sehr viel gelitten hat, mehr als alle Nationen, die am Weltkriege teilgenommen haben. Geht es bei der Haltung der russischen Delegation in Genua nicht sehr glänzend. Sie verliere sich in einer Reihe von kleinen Schwandergeschäften. Noch heute wisse sie nicht, was sie eigentlich wolle. Aber das sei kein Grund, um Russland seinem Schicksal zu überlassen. Man müsse vielmehr den Standpunkt der Alliierten ihm gegenüber präzisieren. Es werden hierdurch keineswegs verkümmern. Die Experten haben das russische Gegenprojekt geprüft und bereiten die Antwort vor. England wird die Alliierten nicht vergessen, aber es wird nicht eine Politik des Friedens aufgeben.

Diese Rede des Staatssekretärs Lloyd Georges wird in französischen Kreisen mit äußerstem Optimismus betrachtet.

Der 1. Mai in Thüringen

Weimar, 25. April. Nach heftigen Redekämpfen bezieht der thüringische Landtag heute vormittag mit allen Stimmen der drei sozialistischen Parteien gegen alle Sozialisten, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag zu erklären. Das Gesetz tritt sofort in Kraft.

Die Gewerkschafts-Internationale zum Wiederaufbau

Eigener Bericht

Rom, 23. April.

Der Internationale Gewerkschaftsbund beschäftigt sich am dritten Verhandlungstag mit dem Problem des Wiederaufbaus Europas. Von allen Seiten wurde der durch den Krieg verursachte Zustand der Alliierten gegen die besiegten Länder abgelehnt. Mit Freude kann konstatiert werden, daß die organisierten Arbeiter der ganzen Welt keine Unterschiede machen zwischen Siegen und Besiegten. Sie finden sich vielmehr zu brüderlicher Arbeit für das Wohl und den Frieden der ganzen Welt zusammen. Die Gewerkschaftsinternationale sucht geschlungen gegen Imperialismus, Völkerehre und die gefährliche Weltmacht der Entente.

Johann J. Granter, der das internationale Sekretariat, das mit großem Beifall aufgenommen wurde und sich mit dem Ziel einer sehr umfangreichen Resolution befaßt, die die Lösung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise umreißt und speziell, daß diese Krise das Resultat des wirtschaftlichen Imperialismus und Imperialismus und der dauernden Verletzung der Ansprüche der gegenwärtigen Arbeiter und moralischen Unfähigkeit der Völker ist. Die Resolution weist auf die verhängnisvollen Folgen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise für die Arbeiterklasse hin und stellt fest, daß es ungefähr 10 Millionen Arbeitslose gibt, und daß die Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts einen derartigen Umfang angenommen hat, daß die Verarmung einer Nation unmittelbar den Mann der anderen noch schmerzlicher trifft. Diese Wirtschaftskrise kann nur durch die internationale Zusammenarbeit aller Völker gelöst werden, die mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten an der gemeinsamen Wiederaufbauarbeiten teilnehmen müssen. Die Resolution weist bezüglich der Mittel zur Einleitung der wirtschaftlichen Reorganisation Europas auf die Wünsche der Gewerkschaftsfunktionäre, die im November 1920 in London tagte, hin. Es werden weiter die gegenseitige Annulierung der während des Krieges eingegangenen Schulden und die Rückübertragung der Verwaltung von Krediten, die vom Völkerbund organisiert werden, und den verarmten Staaten Mittel geben sollen zur Wiederaufnahme ihrer normalen industriellen und kommerziellen Tätigkeit. Daneben fällt die Forderung, eine Änderung der Reparationsfrage für notwendig und verlangt auf Grund des im März 1921 in Amsterdam aufgestellten Programms die Revision der Reparationsbestimmungen. Die Art der Reparationen muß auf die Schulden der Besiegten begrenzt werden und der Wiederaufbau darf nicht, wenn er erfolgreich in Angriff genommen werden soll, nicht auf die Disposition eines Landes beschränkt sein. Es müssen vielmehr alle Völker zur Mitarbeit herangezogen werden. Die Lasten Deutschlands sind auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen und die Entente-mächte haben auf die Kriegsverluste sowie auf die Kosten der militärischen Beibehaltung und Sanftionen zu verzichten. Neben der Zaffung internationaler Kontrolle ist eine internationale Kontrolle der für Industrie und Landwirtschaft wichtigen Rohstoffe einzuführen, um den Verbrauch der Rohstoffe dem Bereich der Bevölkerung zu entziehen. Das Gleichgewicht zwischen den bestehenden Geldwerten muß wieder hergestellt und die übertriebene Schuldpolitik endgültig aufgehoben werden. Das zu erstrebende Ziel wird in folgenden drei Punkten umschrieben:

1. Die Schwerverletzten sind zu befreien, mit welchen die Länder mit schlechtem Wechselkurs in der Beschaffung der für ihre Industrie unbedingt notwendigen Rohstoffe zu kämpfen haben, um den inneren Konsum decken zu können und in der Lage zu sein, mit anderen Ländern in Handelsverkehr zu treten und so ihre Finanzen auf eine gesunde Grundlage zu stellen.

2. Dem wirtschaftlichen Imperialismus, dessen Konsequenzen sich in der gegenwärtigen Krise zeigen, sowie den 60 Jahren, die er für den Frieden in sich führt, ist ein Ende zu setzen.

3. Die verschiedenen Nationen sind dazu zu bringen, im eigenen Lande unter sich die Produktion zu organisieren, daß es möglich sein wird, sie mit den bestehenden Bedürfnissen in Einklang zu bringen und die möglichste Entlastung und Ausnutzung der natürlichen Ressourcen zu erzielen, was nur erreicht werden kann, wenn alle Völker in die Lage versetzt werden, ihre Arbeitskräfte voll einzusetzen.

Die Konferenz gibt der Ansicht Ausdruck, daß diese Maßnahmen zur Bekämpfung der gegenwärtigen Krise notwendig sind, und daß ihre Verwirklichung nicht mehr aufgeschoben werden darf. Unter Hinweis darauf, daß die führenden Völker Europas heute gegenüber der Zeit vor dem Kriege um eine Million Köpfe angewachsen sind, fordert die Konferenz die Abbrüstung und erklärt, daß diese lebenswichtige Forderung der Völker, die sie insbesondere wegen der schweren Gefährdung des Friedens erheben, auf der Konferenz von Genua nicht zur Beratung stehe. Zum Schluß wird die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen den Völkern Europas gefordert. Die Resolution lautet:

„Die Arbeiter sind bereit zur Mitarbeit an dem in Genua begonnenen Werk. Sie wünschen mit aller Kraft den Frieden zu sichern, das Glend, unter dem die Völker leiden, zu beenden und den höchsten Interessen der Menschheit zu dienen. Sie werden aber unter keinen Umständen zugeben, daß dieser Wiederaufbau ihre Interessen beeinträchtigt und die schon bestehende Notlage noch verschlimmert.“

Leipziger, Deutschland, unterstreicht die Rede Johann J. Granter, und schildert die furchtbaren Wirkungen des Reparationsunfuns, der die deutsche Arbeiterklasse in die wirtschaftliche Sklaverei zugunsten fremden Kapitals gebracht hat. Die Reparationen erschweren aber nicht nur die Lage der Deutschen, sondern der internationalen Arbeiterklasse. Die Folgen der Politik des Geldes und der Stände sind in allen Ländern zu spüren. Es ist nicht wahr, daß das deutsche Volk und auch die deutsche Arbeiterklasse ein Wiederaufbau sünden, und daß es ihr besser geht als den Arbeitern anderer Länder. Vorher hören auch die Arbeiterblätter anderer Länder leichter auf die Denkmalsmedien bürgerlicher Bureau, als auf die Informationen der deutschen Gewerkschaften. Leipzig gibt dann ausführlich einen Überblick über die Wirtschaftslage Deutschlands, den Rohstoffen und Arbeitsmangel, der den Beschäftigtenmangel herbeiführt, die Arbeitslosigkeit vergrößert und verhindert, daß die Löhne mit der ungeheuren Teuerung Schritt halten. Der Hauptteil der Reparationsleistungen wird von den Entente-Kommissionen und den Besatzungstruppen aufgefressen. Die deutsche Arbeiterklasse protestiert voll gegen diese Vergewaltigung deutscher Wirtschaft.